Tages-Anzeiger

Freitag, 17. Juni 1994

Bescheidene Familienzulagen

Schweiz liegt hinter den meisten europäischen Staaten zurück

Erstmals sind in der Schweiz die finanziellen Leistungen zugunsten der Familien erhoben worden: 1990 machten sie drei Milliarden Franken oder ein Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aus. In den EU-Staaten betrug der Durchschnitt 1,7 Prozent des BIP. Die Studie wurde am Donnerstag in Bern an einer von der Pro Familia einberufenen Tagung vorgestellt.

VON VERENA THALMANN

Bern. – Das schweizerische System der Familienzulagen ist das heterogenste in ganz Europa. Neben den durch Bundesrecht geregelten Familienzulagen in der Landwirtschaft gibt es 25 kantonale Ausgleichskassen und 830 private Kassen. Die Beiträge variieren stark nach Kanton, nach Art der Tätigkeit und Kinderzahl; Daten werden nur sehr vereinzelt veröffentlicht. Die Forschergruppe unter der Leitung von Professor Pierre Gilliand (Lausanne) errechnete für 1990 einen ausbezahlten Betrag von 2,9 Milliarden Franken und Verwaltungskosten von 122 Millionen.

Zu den Leistungen für die Familie zählt auch die Alimentenbevorschussung. Erst seit 1989 verfügen alle Kantone über ein solches System. Die maximalen Jahresbeiträge variieren zwischen 4200 und 14 000 Franken pro Kind. 1990 belief sich die Gesamtsumme auf 89 Millionen Franken, wovon 57 Prozent wieder eingetrieben wurden – je nach Kanton zwischen 13 und 79 Prozent. Hier betrug der Verwaltungsaufwand rund 35 Millionen.

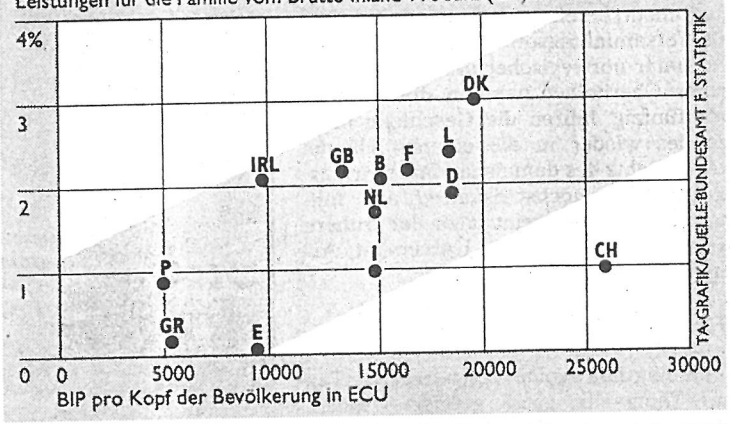
Die Schweiz ist weit und breit das einzige Land, das keine obligatorischen Leistungen bei Mutterschaft vorsieht. 1990 haben drei Kantone solche Zahlungen in der Höhe von 2,2 Millionen ausgerichtet. Die Krankenkassen zahlten 400 Millionen für Geburten.

Die wenigsten Kantone kannten den Umfang der Steuerabzüge und den Lastenausgleich für Familien. Grob geschätzt sind es 600 Millionen bei den Staats- und 400 Millionen bei den Bundessteuern.

Die gesamten Aufwendungen der Schweiz für den Sozialschutz beliefen sich 1990 auf 23,2 Prozent des BIP; der EU-Durchschnitt lag bei 25,5 Prozent. Das Bundesamt für Statistik bemerkt dazu, die Aufwendungen unseres Landes für den Sozialbereich seien – gemessen an der starken wirtschaftlichen Position – bescheiden.

Leistungen für die Familie in den Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz 1990

Leistungen für die Familie vom Brutto Inland-Produkt (BIP) in Prozenten



Innerhalb der Bandbreite gilt: Je höher das Bruttoinlandprodukt (BIP), desto grösser die Leistung des Staates an die Familie. Auch hier stellt die Schweiz innerhalb Europas eine Ausnahme dar.

Schlechte Noten für die Familienpolitik

Massnahmen auf verschiedenen Ebenen gefordert

Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der heutigen Familienpolitik unzufrieden. Nicht weniger als 60 Prozent bezeichneten sie in einer breit angelegten Befragung durch das Soziologische Institut der Universität Zürich (1992) als «wirkungslos». Insbesondere wurden weder eine nennenswerte Entlastung für Eltern und Kinder noch ein Beitrag zur Stabilisierung der Ehen wahrgenommen.

Betreuungsstätten wenig gefragt

Unabhängig von der Familiensituation stuften die Befragten Steuererleichterungen, die Einführung des Mutterschaftsurlaubs und die Schaffung von kinderfreundlichem Wohnraum als dringlich ein. Weitere Forderungen waren höhere Familienzulagen und mehr Teilzeitstellen für Eltern. Nur eine Minderheit hält mehr und billigere Tagesstätten für Säuglinge und Kleinkinder sowie Betreuungseinrichtungen vor und nach der Schulzeit für sehr wichtig. Nach wie vor herrscht die Meinung vor, die Eltern und namentlich die Mutter sollten persönlich für ihr Kind sorgen. Verwandte, eigene Partner oder allenfalls andere Mütter werden als Betreuerinnen und Betreuer gegenüber staatlichen oder privaten Institutionen bevorzugt.

Die Familie geniesst in der Bevölkerung weiterhin einen hohen Stellenwert. Massnahmen zu ihren Gunsten betrachten daher die meisten Befragten als Selbstverständlichkeit – begründet durch die Leistungen, welche die Familie für die Gesellschaft erbringt. Eine Mehrheit der Befragten, die sich ein (weiteres) Kind wünschen, ist der Ansicht, dass der Entscheid hierfür durch geeignete familienpolitische Massnahmen erleichtert würde. Nur ein Fünftel befürwortet aber eine bevölkerungspolitisch motivierte Familienpolitik.

Keine Kinder im Konkubinat

Gegenüber den neuen Lebensformen zeigen sich die meisten Bevölkerungsgruppen offen. Die geringste Toleranz findet sich bei Befragten, die in einer traditionellen Rollenteilung leben. Das Konkubinat kommt im allgemeinen gut weg – aber nur solange keine Kinder da sind. *(vth.)*